



DEMOKRATIEBILDUNG IM VORBEREITUNGSDIENST

Staatliche Studienseminare für die Lehrämter an Schulen

„Demokratie ist nicht selbstverständlich. Jede Generation muss sich neu darauf vereinbaren, sie neu erlernen, leben und verteidigen. [...]

Gelebte und gelingende Demokratie bedeutet die Wahl zu haben, bedeutet Menschenrechte, Freiheit, Respekt und Toleranz. Damit diese Werte Bestand haben, braucht es vor allem eines: Bildung.“

(Regierungserklärung, 2019)

EINLEITUNG

Das rheinland-pfälzische Schulgesetz (SchulG) definiert Demokratiebildung an prominenter Stelle als einen zentralen Auftrag, der sich allen Lehrkräften stellt und zu dessen Erfüllung alle Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten und Schulformen verpflichtet sind.

So ist gemäß § 1 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes Auftrag der Schule, alle Schülerinnen und Schüler *„...zur Selbstbestimmung in Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen, zur Anerkennung ethischer Normen, zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, zur Gleichstellung von behinderten und nicht behinderten Menschen, zur Achtung vor der Überzeugung anderer, zur Bereitschaft, Ehrenämter und die sozialen und politischen Aufgaben im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu übernehmen, zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft“* zu erziehen. *„Sie führt zu selbständigem Urteil, zu eigenverantwortlichem Handeln [...]*“ und *„[...] vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, Verantwortungsbewusstsein für Natur, Umwelt und die globalen Nachhaltigkeitsziele zu fördern sowie zur Erfüllung der Aufgaben in Staat, Gesellschaft und Beruf zu befähigen.“*

Das im Jahr 2020 novellierte Schulgesetz legt dabei ein besonderes Augenmerk darauf, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schülern an allen Schulen

zu verstärken, indem sie *„ihrem Alter und ihrer Entwicklung entsprechend in die Entscheidungsfindung über die Gestaltung des Unterrichts, des außerunterrichtlichen Bereichs und der schulischen Gemeinschaft eingebunden“* sind. *„Es gehört zu den Aufgaben der Schule ihnen diese Mitwirkungsmöglichkeiten zu erschließen.“* (§ 3 Abs. 4 SchulG).

Alle Lehrerinnen und Lehrer stehen somit vor der verantwortungsvollen Aufgabe, den im Schulgesetz verankerten Bildungsauftrag in seinen vielfältigen Dimensionen und Facetten konzeptionell wie auch in der täglichen Unterrichts- und Erziehungsarbeit umzusetzen:

„Und dabei geht es nicht nur darum, dass Kinder und Jugendliche lernen, wie demokratische Entscheidungsprozesse theoretisch funktionieren, sondern auch um alles andere, was unsere Demokratie so wertvoll macht: die Toleranz und das Miteinander genauso wie die Diskussionskultur und das Erzielen von Kompromissen.“ (Hubig 2017, S. 10)

Der Schule als Lernort und Ort der täglichen Begegnung kommt in Bezug auf das Leben und Erleben von Demokratie dabei besondere Bedeutung zu. Die Kultusministerkonferenz führt in ihrem Beschluss *„Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“* vom 06.03.2009 (S. 2) dazu aus:

„Schule kann und soll sich als Ort erweisen, an dem Demokratie als dynamische und ständige Gestaltungsaufgabe – auch im Spannungsfeld unterschiedlicher demokratischer Rechte – reflektiert und gelebt wird.“

Auch angesichts populistischer, diskriminierender oder fremdenfeindlicher Phänomene hat die Landesregierung das Gesamtkonzept *„Demokratie stärken durch Bildung: starke Kita-starke Schule-starke Gesellschaft“* entwickelt und den Auftrag der schulischen Demokratiebildung somit entscheidend gestärkt. (vgl. Bewersdorf/Winter 2020, S. 59)

Die Studienseminare für alle Lehrämter in Rheinland-Pfalz haben auf den hohen Stellenwert der Demokratiebildung reagiert und Konzepte entwickelt, um künftige Lehrkräfte auf die wichtige Aufgabe der Demokratiebildung professionell vorzubereiten.

Gemeinsamer Nenner aller standort- und lehramtsspezifischen Konzepte ist es, Anwärterinnen und Anwärter dabei zu unterstützen, sich im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes mit Fragen der Demokratiebildung zu befassen, eigene Erfahrungen

und Haltungen im Sinne einer Sensibilisierung zu reflektieren und ihr professionelles Handlungs- und Unterrichtsrepertoire zu erweitern.

Angehende Lehrerinnen und Lehrer jedes Lehramts und jedes Unterrichtsfachs sollen sich ihrer Bildungsverantwortung und ihres Auftrags zur Demokratiebildung bewusst sein. Sie dienen jungen Menschen als Vorbild und erwerben die erforderlichen Kompetenzen, um Schülerinnen und Schüler alters- und entwicklungsangemessen im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung zu bilden und zu erziehen. In diesem Sinne verfügen sie über Kompetenzen zur Auswahl und Integration demokratieförderlicher Themen in den Unterricht und Schulalltag und nutzen ein breites Repertoire an methodischen Ansätzen. Hierzu gehört es auch, Äußerungen von Schülerinnen und Schülern, die mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten nicht vereinbar sind, auf Basis einer Grundrechtsklarheit nicht unkommentiert oder unreflektiert zu lassen. (vgl. KMK 2018, S. 4)

Das vorliegende Eckpunktepapier führt zum einen die Leitlinien und Eckpunkte auf, die landesweit und lehramtsübergreifend gelten und nach denen die Studienseminare ihr Konzept mit Blick auf schulartspezifische Besonderheiten weiter ausschärfen. Zum anderen enthält es eine Vielzahl an Umsetzungsbeispielen, welche die genannten Eckpunkte und Leitlinien konkretisieren.

Die genannten Leitlinien und rheinland-pfälzischen Umsetzungsbeispiele spiegeln sich in den Vorbemerkungen wider, welche die Kultusministerkonferenz zum oben genannten Beschluss formuliert (ebd.):

„Demokratie braucht überzeugte und engagierte Demokratinnen und Demokraten!“

Dies gilt insbesondere für Lehrkräfte, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Schule auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereiten.

LEITLINIEN UND ECKPUNKTE ZUR DEMOKRATIEBILDUNG IN DEN STAATLICHEN STUDIENSEMINAREN

Im Folgenden werden Leitlinien und Eckpunkte erläutert, nach denen die Studienseminare ihre Konzepte und deren Umsetzung an ihren Standorten ausrichten.

DEMOKRATISCHE WERTE UND HALTUNGEN

„Es geht um den Erwerb von lebensnahen Kenntnissen über die Demokratie. Es geht um den Erwerb von praktischen Kompetenzen für die Demokratie. Und es geht um das Lernen durch die Demokratie im Kontext gemeinsamer Erfahrungen.“ (Himmelmann 2017, S. 8)

Demokratiebildung basiert auf Werten und Haltungen wie Respekt und Toleranz sowie auf Kompetenzen wie Reflexionsfähigkeit, Verantwortungsübernahme und Einbindung. Diese Werte spiegeln sich in einem Lehrerhandeln und einer pädagogischen Haltung wider, die durch Wertschätzung, Anerkennung und Ermutigung sowie Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern geprägt ist.

Diese Werte und Haltungen werden auch in den Studienseminaren gelebt. Sie manifestieren sich unter anderem in einer wertschätzenden und diversitätsbewussten Kommunikation sowie in vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten.

Weitere Indikatoren für eine demokratisch geprägte Kultur am Studienseminar sind beispielsweise transparente Kommunikationswege zwischen den verschiedenen Akteuren oder ein partizipativer Führungsstil der Seminar- und Fachleitungen.

QUERSCHNITTSTHEMA DEMOKRATIEBILDUNG

„Die Erziehung zu demokratischem Handeln [ist] eine zentrale Querschnittsaufgabe der Schule und ihrer Lehrkräfte.“ (Schlagenhof 2020, S. 10)

Demokratiebildung ist als fächerübergreifendes Querschnittsthema in allen Fachdidaktischen Seminaren sowie im Berufspraktischen Seminar curricular verankert. Somit werden Aspekte und Inhalte der Demokratiebildung in unterschiedlicher Ausprägung in die Seminausbildung integriert. Dementsprechend umfasst demokratische Bildung im Rahmen des Vorbereitungsdienstes, auf der Grundlage des lehramtsbezogenen Studiums, ein breites Repertoire von Lerngelegenheiten und Kontexten mit unterschiedlichen Zielstellungen.

Auf der Ebene der Mitgestaltung und Mitbestimmung der Ausbildung im Studienseminar erfahren und (er)leben Anwärterinnen und Anwärter Partizipation und demokratische Werte. Im Rahmen ihrer berufspraktischen und fachdidaktischen Ausbildung erwerben sie Fachwissen und Kompetenzen, wie sie demokratische Bildung als künftige Lehrkräfte in ihren Lerngruppen und Schule umsetzen.

Dies bedeutet konkret: Demokratiebildung wird nicht ausschließlich in affinen Fächern wie beispielsweise Sozialkunde, Erdkunde, Geschichte, Deutsch, Religion, Philosophie oder Ethik realisiert. Vielmehr leisten alle Fächer in angemessener Form ihren Beitrag zur Demokratiebildung.

BEUTELSBACHER KONSENS

„Werden in der Schule kontroverse Thematiken behandelt, haben Lehrkräfte die anspruchsvolle Aufgabe, den Unterrichtsgegenstand multiperspektivisch zu beleuchten, zu moderieren, bei Bedarf gegenzusteuern, sowie Grenzen aufzuzeigen, wenn diese überschritten werden.“ (KMK 2018, S.4)

Eine wesentliche Grundlage der Demokratiebildung ist der Beutelsbacher Konsens. Die dort genannten Grundprinzipien der politischen Bildung sind für den Schulbereich wie auch für die Lehrkräfteausbildung handlungsleitend.

Für die Gestaltung des Vorbereitungsdienstes sind das sogenannte Überwältigungsverbot (keine Indoktrination) und das Kontroversitätsgebot (Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft) besonders bedeutsam. Demnach ist - analog zum Schulbereich - die Lehrkräfteausbildung multiperspektivisch zu gestalten: Verschiedene Positionen sollen und müssen zu Wort kommen können, was jedoch eine transparente, fachliche und abwägende Positionierung der Fach- oder Seminarleitung nicht ausschließt.

Darüber hinaus ist auch das dritte Prinzip der Subjektorientierung für den Vorbereitungsdienst von Belang. Auf den Seminarbereich übertragen bedeutet dies, dass Anwärterinnen und Anwärter - vergleichbar mit Schülerinnen und Schülern in der Schule - regelmäßig Möglichkeiten der Mitbestimmung und aktiven Mitgestaltung erleben.

„Erinnern und Erinnerungskultur, Geschichts- und Gedenkkultur nehmen in Zusammenhang von demokratischer Bildung einen besonderen Stellenwert ein.“ (Bewersdorf/Winter 2020, S. 59)

Ein Fokus der verstärkten Demokratiebildung liegt in der Förderung eines historisch-kritischen Bewusstseins für die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und der Lehren, die für die Gegenwart und Zukunft daraus zu ziehen sind. Die Kultusministerkonferenz führt in ihren 2014 beschlossenen Empfehlungen zur Erinnerungskultur „Erinnern für die Zukunft“ (S. 3) dazu aus:

„Jede Generation muss sich mit historischen Überlieferungen und Spuren neu auseinandersetzen, sie einordnen und bewerten. Jede Generation befasst sich aufs Neue damit, wie Geschichte geschrieben, umgeschrieben oder mystifiziert, entmythologisiert oder dekonstruiert werden kann.“

Um zukünftigen Lehrkräften sowohl eine möglichst eindrückliche Erfahrung als auch eine fachlich fundierte Auseinandersetzung mit Formen der Diskriminierung, des Rassismus und der Menschenfeindlichkeit zu ermöglichen, besucht jede Anwärtlerin und jeder Anwärter im Rahmen des Vorbereitungsdienstes verpflichtend eine Gedenkstätte mit unmittelbarem Bezug zum Nationalsozialismus.

Das Konzept der Einbeziehung von Gedenkstätten in die Ausbildung folgt einer pädagogisch-didaktischen Leitlinie, unter der Aspekte wie historisches Lernen und Erinnerungskultur, Förderung der interkulturellen Kompetenz oder selbstreflexive Auseinandersetzung hinsichtlich der Bedeutsamkeit von Demokratiebildung zusammenzufassen sind.

Gemäß der Verwaltungsvorschrift „Richtlinie zur Förderung von schulischen Vorhaben zur Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer Gewaltherrschaft, besonders des Nationalsozialismus“ (Ministerium für Bildung, 2020) soll jede Schülerin und jeder Schüler *„[...] mindestens einmal an einer Schulfahrt zu einem Gedenk-/Lernort teilnehmen [...]“*.

Vor diesem Hintergrund ist ein weiteres Ziel der Gedenkstättenarbeit im Rahmen des Vorbereitungsdienstes, dass die Anwärtlerinnen und Anwärter das Konzept des Gedenkstättenbesuchs in den Schulentwicklungsprozess an ihrer Ausbildungsschule miteinbringen.

Im Zuge dieses verpflichtenden Besuchs haben die Studienseminare Kooperationen zu regionalen Gedenkstätten wie Osthofen, Hadamar oder Hinzert aufgebaut und intensiviert.

DEMOKRATIEBILDUNG ALS ENTWICKLUNG VIELFÄLTIGER KOMPETENZEN

„Der freiheitliche demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er als Staat nicht garantieren kann. Er ist darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger aus eigener Überzeugung freiwillig im Sinne der Demokratie handeln. Historisch-politische Urteilsfähigkeit und demokratische Haltungen und Handlungsfähigkeit als Schlüsselkompetenzen müssen entwickelt und eingeübt werden. Dies muss in vielfältiger Weise Teil des Schulalltags sein.“ (KMK 2018, S. 4)

Die Kultusministerkonferenz hebt die Bedeutung des Lernorts und Sozialraums Schule für die Demokratiebildung hervor. Demnach ist Schule der Ort, wo alltäglich die für eine lebendige Demokratie erforderlichen Schlüsselkompetenzen entwickelt und eingeübt werden müssen.

Lehrerinnen und Lehrer sind wesentliche Akteure im System Schule. Ihnen kommt somit bei der Förderung dieser demokratischen Schlüsselkompetenzen eine entscheidende Rolle zu.

Übergreifende Organisationen, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europarat oder die Kultusministerkonferenz (KMK), haben diese Schlüsselkompetenzen näher definiert.

Die **OECD** definierte auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Grundwerte Schlüsselkompetenzen, die für ein erfolgreiches Leben und eine gut funktionierende Gesellschaft wichtig sind. Für den Bereich der Demokratiebildung sind die zweite Kompetenzkategorie „Interagieren in heterogenen Gruppen“ mit den Teilkompetenzen „Fähigkeit zur Zusammenarbeit“ und „Bewältigen und Lösen von Konflikten“ sowie die dritte Kompetenzkategorie „Eigenständiges Handeln“ mit der Teilkompetenz „Verteidigung und Wahrnehmung von Rechten, Interessen, Grenzen und Erfordernissen“ besonders bedeutsam (OECD 2015, S.14-17).

Der **Europarat** entwickelte ein Modell an Werten und Kompetenzen, die es einem Individuum ermöglichen, sich effektiv und angemessen an einer Kultur der Demokratie zu beteiligen.

Das Literaturverzeichnis enthält einen Link, der zu einem prägnanten Überblick über diese Werte und Kompetenzen führt.

Die 2018 veröffentlichten Empfehlungen der **KMK** zur *„Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“* stellen keinen systematisch zusammengestellten Kompetenzrahmen dar. Gleichwohl werden Werte und Kompetenzen genannt, über die alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland verfügen sollten. Dies sind unter anderem Respekt, Toleranz sowie die Fähigkeit, Positionen Andersdenkender nachvollziehen, verstehen und reflektieren zu können.

In den KMK-Empfehlungen zur *„Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“* (BNE) werden diese Werte mit Blick auf die zukünftige globale Entwicklung aufgegriffen. So hat das Konzept der BNE zum Ziel, *„...Schülerinnen und Schüler zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung globaler Aspekte, demokratischer Grundprinzipien und kultureller Vielfalt zu befähigen.“* (KMK, 2007)

Des Weiteren hat die **KMK** *„Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“* definiert, die in der Lehrkräfteausbildung besonders wichtig sind und an die die Fort- und Weiterbildung anknüpfen kann. Folgende Kompetenzen lassen sich dem Auftrag der Demokratiebildung zuordnen (2019, S. 9, 10, 13):

- *Kompetenz 4: Lehrerinnen und Lehrer kennen die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen, etwaige Benachteiligungen, Beeinträchtigungen und Barrieren von und für Schülerinnen und Schüler(n) und nehmen im Rahmen der Schule Einfluss auf deren individuelle Entwicklung.*
- *Kompetenz 5: Lehrerinnen und Lehrer vermitteln Werte und Normen, eine Haltung der Wertschätzung und Anerkennung von Diversität und unterstützen selbstbestimmtes Urteilen und Handeln von Schülerinnen und Schülern.*
- *Kompetenz 6: Lehrkräfte finden alters- und entwicklungspsychologisch adäquate Lösungsansätze für Schwierigkeiten und Konflikte in Schule und Unterricht und tragen zu einem wertschätzenden Umgang bei.*
- *Kompetenz 9: Lehrkräfte sind sich der besonderen Anforderungen des Lehrberufs bewusst und beziehen gesellschaftliche, kulturelle und technologische Entwicklungen in ihr Handeln ein. Sie verstehen ihren Beruf als ein öffentliches Amt mit besonderer Verantwortung und Verpflichtung.*

Auf Grundlage dieser „Standards für die Lehrerbildung“ definiert die „Curriculare Struktur der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung im Vorbereitungsdienst“ die Kompetenzen, die Anwärterinnen und Anwärter im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes in **Rheinland-Pfalz** erwerben sollen. Mit Blick auf den im Schulgesetz verankerten Auftrag der Demokratiebildung sind vor allem folgende Teilkompetenzen zu nennen (S. 6, 8):

Die Anwärterinnen und Anwärter

- *kennen Konzepte, welche die Selbst- und Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu fördern (z. B. Rituale und Regeln, Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, Wertschätzung und Respekt, Verlässlichkeit,*
- *nutzen schulische Situationen, um eine Verständigung über gemeinsame Werte zu initiieren,*
- *nutzen ihr Wissen über die Wirksamkeit verbaler und nonverbaler Kommunikation,*
- *verfügen über Strategien zur wirksamen Prävention und Intervention bei Konflikten und Unterrichtsstörungen.*

Darüber hinaus werden in der Curricularen Struktur demokratiepädagogische Querschnittsthemen genannt, die bereichsübergreifend in der berufspraktischen und fachdidaktischen Ausbildung Berücksichtigung finden (S.10-12). Insbesondere sind zu nennen:

- *Gewaltprävention - zur Sensibilisierung für Formen der Gewalt in der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern und zur Reflexion ihres Umgangs mit der Gewalt,*
- *Sexualerziehung - zur Vermittlung von Einsichten und Kenntnissen über den selbst- und verantwortungsbewussten Umgang mit der Sexualität sowie zur Vermeidung von und zum Umgang mit sexuellem Missbrauch,*
- *Umwelt- und Nachhaltigkeitserziehung - zur Vermittlung von Kenntnissen über ökologische und globale Zusammenhänge, über Ansatzpunkte zur Bewältigung entsprechender Probleme und zur Grundlegung einer Werthaltung, die den Bedürfnissen aller Menschen der heutigen Generation entspricht, ohne die Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden,*
- *Friedens- und Menschenrechtserziehung - zur Stärkung einer kritischen Urteilsfähigkeit im Blick auf Krieg und Frieden angesichts aktueller Ereignisse in lokalen wie in globalen Zusammenhängen,*

- *Gender Mainstreaming – zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern,*
- *Inklusion – zur Verwirklichung eines gemeinsamen Unterrichtens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung.*

UMSETZUNGSBEISPIELE AN DEN STAATLICHEN STUDIENSEMINAREN

In allen Studienseminaren des Landes Rheinland-Pfalz wird Demokratiebildung im Rahmen des Vorbereitungsdienstes gemäß der Curricularen Struktur und der oben genannten Querschnittsthemen umgesetzt. Dabei berücksichtigen die Studienseminare die hier skizzierten Eckpunkte, Leitlinien und Zielvorgaben. Gleichzeitig tragen sie lehramtsspezifischen Besonderheiten Rechnung mit dem Ziel, die künftigen Lehrerinnen und Lehrer möglichst umfassend auf ihr späteres Tätigkeitsfeld vorzubereiten. Demokratiebildung ist dabei in allen Lehrämtern ein zentraler Baustein und ein durchgängiges Prinzip in der gesamten Ausbildung.

Die folgenden Umsetzungsbeispiele sollen dies exemplarisch illustrieren.

DEMOKRATIEBILDUNG IN ZUSAMMENARBEIT MIT GEDENKSTÄTTEN

„So wichtig das historische Lernen im Klassenzimmer ist, so wichtig ist auch das unmittelbare Erleben.“

(Hubig 2019)

Viele Studienseminare haben mit einer Gedenkstätte in ihrer Region (Hadamar, Hinzert oder Osthofen) eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die auf eine längerfristige Zusammenarbeit und wechselseitige Innovation zu diesem Themenbereich abzielt.

Ein Praxisbeispiel dieser Zusammenarbeit ist die Entwicklung eines (lern-)barrierefreien Online-Seminars für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, welches das Studienseminar für das Lehramt an Förderschulen in Kaiserslautern gemeinsam mit der Gedenkstätte KZ Osthofen entwickelte.

Ein weiteres exemplarisches Produkt sind die sogenannten „aktivierten Rundgänge“, die im Rahmen der Zusammenarbeit der Gedenkstätte Hinzert mit dem Studienseminar für das Lehramt an Realschulen plus in Trier entstanden sind. Bei einem aktivier-

ten Rundgang übernehmen Schülerinnen und Schüler nach entsprechender fachlicher Vorbereitung einen Teil der Führung, indem sie eine Kleingruppe eigenständig zu einem Teilaspekt der Gedenkstätte informieren.

NETZWERK MENSCHENRECHTSBILDUNG UND DEMOKRATIEERZIEHUNG

Bereits mehr als die Hälfte der Studienseminare aller Lehrämter haben sich lehramtsübergreifend zu dem „Netzwerk Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung in der Lehrkräfteausbildung“ zusammengeschlossen.

Dieses dezentral organisierte Netzwerk verfügt über eine nichtöffentliche Internetplattform, die dem Austausch von Ideen und Konzepten sowie der Dokumentation der themenkreisbezogenen Arbeit dient.

KOOPERATIONEN MIT EXTERNEN PARTNERN

Ein zentrales Prinzip der Demokratiebildung ist das Erfahren, (Er-)leben und Einüben von Demokratie. Um vertieftes Lernen zu ermöglichen, haben alle Studienseminare weitere Kooperationen mit externen, außerschulischen Partnern aufgebaut.

Folgende Beispiele sollen die gelebte Zusammenarbeit im Kontext der Demokratiebildung verdeutlichen:

- Gedenkstätten Hinzert, Hadamar und Osthofen (inklusive Lehrerfortbildungen, z.B. zum Thema Gedenkstättenpädagogik in der Grundschule),
- Netzwerk für Demokratie und Courage in Mainz (zum Thema Umgang mit Fremdenfeindlichkeit im Klassenraum),
- kriminalpolizeiliche Präventionsstellen (zum Thema Umgang mit Extremismus),
- Queeres Zentrum SCHMIT-Z e.V. in Trier (zum Thema sexuelle Diversität),
- B.U.N.D. (zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung),
- Hambacher Schloss (inklusive Workshops zur Demokratie),
- Landeszentrale für politische Bildung (inklusive Workshops),
- Haus der Geschichte in Bonn,
- Haus des Erinnerns - für Demokratie und Akzeptanz in Mainz,
- Pfalztheater in Kaiserslautern (Besuch eines sog. „Klassenzimmerstücks“ zu Themen wie Antiziganismus und Antisemitismus)

Demokratiebildung ist in den seltensten Fällen ein isolierter Unterrichtsgegenstand, sondern stellt vielmehr ein Querschnittsthema dar. Demokratiebildung und demokratieförderliche Aspekte zeigen sich aber auch in Denk- und Sprechweisen wie auch in Freiräumen, die im Unterricht eröffnet und kultiviert werden. Ein demokratiefördernder Unterricht zielt somit auf die Entwicklung eines emanzipierten und kritischen Denkens ab. Das vielseitige Nachdenken eröffnet Spielräume, sodass der Einzelne immer besser in die Lage versetzt wird, selbstbestimmt zu leben und eigene Entscheidungen verantwortlich zu treffen.

Unterrichtsprinzipien, die dieses Ziel befördern sind u.a. Konfliktorientierung, Perspektivenwechsel, Kontroversität, Handlungsorientierung und kritische Reflexion. Für die Ausbildung von Lehrkräften bedeutet dies, es sind Unterrichtsformate zu konzipieren, durchzuführen und zu evaluieren, welche die Demokratiebildung stützen und fördern.

Die Integration des Querschnittsthemas Demokratiebildung in die Fachdidaktischen und Berufspraktischen Seminare erfolgt unter Anbindung an die Curriculare Struktur, wie sie in der Landesverordnung über die Ausbildung und Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen, an Realschulen plus, an Gymnasien, an berufsbildenden Schulen und an Förderschulen definiert werden.

Um dem hohen Stellenwert und der Ganzheitlichkeit des Themenbereichs angemessene Rechnung zu tragen, führen viele Studienseminare darüber hinaus Projektstage für Anwärterinnen und Anwärter sowie Fortbildungen für Fachleiterinnen und Fachleiter zu verschiedenen Aspekten der Demokratiebildung durch.

Beispiele für die fachspezifische oder fächerübergreifende Umsetzung in Fachdidaktischen und Berufspraktischen Seminaren:

- Umgang mit Fake News und Desinformation
- Was mache ich nur mit Lena? Mit „auffälligen“ Schülerinnen und Schülern umgehen
- Betzavta-Miteinander „Programm zur Demokratie-, Toleranz- & Menschenrechtserziehung“
- Haltung, Werte, Menschenbild und Rollenverständnis im sonderpädagogischen Kontext und im Kontext der Demokratiebildung
- „Nationalsozialismus und Holocaust – ein Thema für die Grundschule?“ Sensibilisierung der Anwärterinnen und Anwärter mittels ausgewählter Kinderbücher

- Nachhaltigkeit als grundlegendes Prinzip des Sachunterrichts
- Der Beitrag des Deutschunterrichts zur Förderung der Zivilcourage
- Was ist Mobbing und wie erkenne ich Mobbing?
- Gewaltprävention an Schulen und Umgang mit herausforderndem Verhalten
- Demokratiepädagogik – eine Aufgabe für alle Lehrerinnen und Lehrer?
- Wahrnehmung von und Umgang mit rechter Gewalt an berufsbildenden Schulen
- Teilhabe & Partizipation durch den Abbau von Sprach,- Lern- & Zugangsbarrieren
- Wider das Vergessen - Historisches Lernen hautnah - Begegnung mit einem Zeitzeugen der NS-Diktatur
- Inklusion und Schwerpunktschule – Gelingensbedingungen und Formen integrativen und inklusiven Lernens als Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe
- Perspektive Natur in der Schule-Fachspezifische Arbeitsweisen kennen lernen und Nachhaltigkeit im Sachunterricht erfahren
- Intercultural Learning/ICC - Den Fremdsprachenunterricht auf Werteerziehung und Werteerhaltung ausrichten
- Miteinander und unterwegs (Grundschule als eine Schule für alle Kinder, Schule des sozialen Lernens, eine demokratische Schule)
- NS Euthanasie im Rheinland - Medienpakete zur Vermittlung der Geschichte der Euthanasie im Rheinland (Archiv des Landesverbandes Rheinland-Pfalz)
- Solidarität mit anderen Ländern und Kulturen - Kooperation mit der Aktion Tagwerk „Dein Tag für Afrika“
- Tag der Erinnerungskultur
- Tag der Umweltbildung
- Zeitzeugenprojekt

Beispiele für ein- oder mehrtägige Projekttag und Fortbildungen:

- Fachleitungsfortbildung „Vielfalt erleben - Vielfalt gestalten“
- Jugendherbergsaufenthalt mit Themenschwerpunkt „Zur Demokratie erziehen und demokratisch handeln-Planung als Grundlage für den gelingenden Unterricht“
- zweitägige Veranstaltung „Konfliktzone Klassenzimmer“ in Kooperation mit dem Forum Demokratie /Gewaltakademie in Willigst
- Demokratietag

„Wo manche einen Schlussstrich fordern, setzt schulische (Demokratie)-bildung in Rheinland-Pfalz erst recht verstärkt an: Konzepte und Maßnahmen der Landesregierung sind geeignet, Lehrende und Lernende, außerschulische Akteurinnen und Akteure, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Wissenschaftler, Didaktikerinnen und andere mehr in den Dialog zu bringen, um letztlich eine andauernde, intensive Auseinandersetzung mit der Unmenschlichkeit und den Fortwirkungen diktatorischer Systeme zu unterstützen.“

(Bewersdorf/Winter 2020, S. 63)

Literaturverzeichnis

Bewersdorf, K.; Winter, J. H.: Erinnerungskultur als Teil der Demokratiebildung in der Schule, *Gemeinsam lernen* 4/2019

Dr. Hubig, S.: Demokratisches Engagement macht Schulen erfolgreicher!, *Gemeinsam lernen* 4/2017

Dr. Hubig, S.: Erläuterungen zur Regierungserklärung „Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“ vom 30.01.2019 (<https://bm.rlp.de/de/service/pressemitteilungen/detail/news/detail/News/erinnern-leben-demokratie-und-europa-erleben-rheinland-pfalz-staerkt-schulen-als-orte-des-demokrat/>) (Zugriff September 2020)

Europarat: <https://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/4-20-3825/Europa-rat%20Neue%20Brosch%C3%BCre.pdf> (Zugriff September 2020)

Himmelman, G. (2017): *Demokratie-Lernen in der Schule*. Wochenschau Verlag. Schwalbach am Taunus

Kultusministerkonferenz: *Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule* (Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen UNESCO-Kommission vom 15.06.2007)

Kultusministerkonferenz: *Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule* (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018)

Kultusministerkonferenz: *Erinnern für die Zukunft. Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule* (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 11.12.2014)

Ministerium für Bildung (Hrsg.): *Schulgesetz (SchulG) Rheinland-Pfalz* vom 23.09.2020

Ministerium für Bildung (Hrsg.): *Verwaltungsvorschrift „Richtlinie zur Förderung von schulischen Vorhaben zur Auseinandersetzung mit der Geschichte politischer Gewaltherrschaft, besonders des Nationalsozialismus“* (Amtsblatt 04/2020)

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (Hrsg.): Curriculare Struktur im Vorbereitungsdienst (<https://studienseminar.rlp.de/>) Zugriff August 2020

Schlagenhof, C. (2020): Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe, Pädagogik 4/20